

Bremen startet Initiative: Soziale Netzwerke für eine starke Demokratie!

Die Universität Bremen tritt der „Save Social“-Initiative bei, um alternative soziale Netzwerke zu fördern und Demokratie zu stärken.



Bremen, Deutschland - Die Universität Bremen hat sich zu einem Vorreiter in Deutschland entwickelt, indem sie der Initiative „Save Social“ beigetreten ist. Diese Bewegung, die mittlerweile etwa 250.000 Unterstützer hinter sich versammelt, erhebt lauthals ihre Stimme gegen die Dominanz großer US-amerikanischer und chinesischer Plattformen. Laut **buten un binnen** sieht die Initiative in dieser Tendenz eine ernsthafte Bedrohung für demokratische Strukturen und die offene Kommunikation im Internet.

Immer mehr Stimmen aus verschiedenen Bereichen, darunter Wissenschaft, Kunst und Journalismus, unterstützen die Initiative. Die Rektorin der Universität Bremen, Jutta Günther,

hebt hervor, wie wichtig es ist, alternative Plattformen aktiv zu stärken. Ihre Universität verzichtet seit mittlerweile zwei Jahren auf den Dienst X (ehemals Twitter) und setzt stattdessen auf ein dezentrales soziales Netzwerk – ein Schritt, der beispielsweise auch in **heise.de** thematisiert wird.

Die Petition und ihre Forderungen

Die Initiative geht über die Hochschule hinaus und hat kürzlich in einer Petition, die unter dem Motto „Das Internet zurückerobern“ steht, zusätzliche Unterstützung gefordert. Rund einhundert Akteure aus Kultur, Wirtschaft und Medien sind beteiligt und rufen dazu auf, die Entwicklung und Förderung alternativer sozialer Netzwerke zu stärken. Öffentliche Institutionen sollen Inhalte für diese Plattformen genauso bereitstellen wie für die bekannten großen Netzwerke. **Heise.de** berichtet von prominenten Unterzeichnern wie Jan Delay, Marc-Uwe Kling und Nadia Zaboura, die sich ebenfalls für die Anliegen dieser wichtigen Initiative einsetzen.

Die zehn zentralen Forderungen der Petition beinhalten unter anderem die Stärkung von Alternativen und die strukturelle Förderung von dezentralen Plattformen wie Mastodon. Ziel ist es, die Einflüsse großer Konzerne zu verringern und die Demokratie sowie den gesellschaftlichen Austausch zu stärken. Denn während soziale Medien einerseits die Möglichkeit bieten, Inhalte zu verbreiten und eine aktive Bürgerschaft zu fördern, stehen sie andererseits auch in der Kritik, weil sie oft intransparente Algorithmen verwenden und als Plattform für Fehlinformationen dienen.

Ein Blick in die Zukunft

Die Diskussion um soziale Medien ist mehr denn je aktuell. Wie **bpb.de** aufzeigt, bestehen sowohl Chancen als auch Risiken. Soziale Medien können die politische Beteiligung erhöhen, aber auch zur Fragmentierung der Gesellschaft führen. Besonders junge Menschen nutzen diese Plattformen intensiv, während

ältere Generationen eher zurückhaltend sind.

Das Spannungsfeld zwischen demokratischem Austausch und der Gefahr von Desinformation bleibt ein zentrales Thema. Laut verschiedenen Studien haben soziale Medien das Potenzial, sowohl gemeinschaftliches Handeln als auch Spaltung zu fördern, wobei die Art der Nutzung entscheidend ist.

Die Initiative „Save Social“ könnte also der Schlüssel dazu sein, wie wir in Zukunft kommunizieren und zusammenarbeiten. Die Herausforderungen sind groß, aber mit dem kollektiven Willen von Bildungseinrichtungen, Künstler:innen und der Zivilgesellschaft gibt es Hoffnung, das Internet zu einem Ort des offenen, fairen Austauschs zu machen. Die nächsten Schritte werden zeigen, ob dieser Weg auch tatsächlich eingeschlagen wird.

Details	
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.butenunbinnen.de• www.heise.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net